

**PB.I-01** Kapitel 6: International zusammenarbeiten

Gremium:	Bundесvorstand
Beschlussdatum:	16.03.2021
Tagesordnungspunkt:	PB-I Kapitel 6: International zusammenarbeiten

- 1 Die großen Herausforderungen unserer Zeit sind global: Pandemien, die Klimakrise,  
2 Hunger,  
3 Migration und die sozial-ökologische Transformation als besondere Aufgabe. Wir können  
4 sie  
5 nur gemeinsam meistern. Jahrelang hat Deutschland in Europa und der Welt aber  
6 allenfalls  
7 moderiert, oft gezögert, ist abgetaucht. Es ist Zeit, wieder eine aktive Außenpolitik zu  
8 betreiben und als gestaltende Kraft voranzugehen im Sinne einer multilateralen und  
9 vorsorgenden, einer kohärenten und wertegeleiteten Politik – stets europäisch und  
10 entlang  
11 einer verlässlichen deutsch-französischen Zusammenarbeit, transatlantisch und im  
12 Rahmen der  
13 Vereinten Nationen.
- 14 Gestützt auf die Agenda der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung, das  
15 Pariser  
16 Klimaabkommen und die rechtebasierte internationale Ordnung setzen wir uns für eine  
17 globale  
18 Strukturpolitik ein, die den Schutz öffentlicher Güter, eine gerechte  
19 Ressourcenverteilung  
20 sowie Entwicklungschancen für alle als beste Vorsorge gegen Konflikte, Gewalt oder das  
21 unermessliche Leid von Flucht und Vertreibung begreift.
- 22 Ausgangspunkt unserer Politik ist eine gestärkte und handlungsfähige Europäische  
23 Union. Die  
24 Werte, auf denen sie gründet, wollen wir nach innen verteidigen und nach außen  
25 beherzt  
26 vertreten: Menschenrechte, Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit. Die EU als  
27 Friedensmacht ist nicht nur Antwort auf eine lange und schmerzvolle Geschichte von  
28 Kriegen  
29 und Feindseligkeiten auf unserem Kontinent, exportiert in die ganze Welt, sondern vor  
30 allem  
31 ein Zukunftsversprechen, das es einzulösen gilt. Sie ist unser schützenswertes und  
32 einmaliges Zuhause. Gerade weil wir überzeugte Europäer\*innen sind, streiten wir für  
33 ihre  
34 stetige Fortentwicklung. Wir arbeiten für eine europäische Wertegemeinschaft, die ihre  
35 Abhängigkeit von Dritten in kritischen Bereichen ab- und ihre strategische Souveränität  
36 ausbaut – in einem Gleichgewicht von Kooperation, wo möglich, und Eigenständigkeit,  
37 wo  
38 nötig. Nur eine handlungsfähige und krisenfeste EU ist in der Lage, kritische  
39 Infrastruktur  
40 und öffentliche Güter zu schützen, global für das Völkerrecht und die universalen  
41 Menschenrechte einzustehen. Mit dem größten Binnenmarkt der Welt hat die EU  
42 wirtschaftlich

27 erheblichen Einfluss. Diesen Hebel wollen wir nutzen, um die globale Transformation  
gerecht  
28 zu gestalten und ambitionierte Standards zu setzen.

29 Der erheblichen Widerstände und Dilemmata, die das bedeutet, sind wir uns bewusst.  
Das  
30 autoritäre Hegemonialstreben einer chinesischen Regierung, das Menschen- und  
31 Bürger\*innenrechte systematisch aushebelt, zwingt Staaten nicht nur in wirtschaftliche  
und  
32 politische Abhängigkeit, sondern spaltet auch Europa. Zugleich wird eine globale sozial-  
33 ökologische Transformation ohne China, auch ohne Russland oder Brasilien, nicht  
möglich  
34 sein. Das allein zeigt: Der Systemwettbewerb mit autoritären Staaten und Diktaturen ist  
35 real, lässt bisweilen nur die Wahl zwischen Regen oder Traufe - und stellt uns vor derart  
36 beachtliche Aufgaben, dass jede Form des Alleingangs zum Scheitern verurteilt wäre.

37 Wir können die vielen Widersprüche und Grenzen außen-, entwicklungs- und  
38 sicherheitspolitischen Handelns nicht auflösen. Die Verteidigung von Menschenrechten,  
39 Demokratie und das klare Bekenntnis zu Freiheitsbewegungen führen an die Grenzen  
politischer  
40 Handlungsfähigkeit. Wir können uns aber dieser Verantwortung nicht entziehen. Umso  
zentraler  
41 ist europäische Kohärenz und sind politische Bündnisse mit allen anderen Staaten, aber  
42 gerade auch Regionen und zivilgesellschaftlichen oder zwischenstaatlichen Akteuren,  
für die  
43 der Wert von Kooperation und die Stärke des Rechts ebenfalls Grundlage  
internationaler  
44 Beziehungen sind. Diese Bündnisse wollen wir selbstbewusst mitgestalten. Souverän  
sind wir  
45 nur gemeinsam.

46 Wir setzen auf den ehrlichen Interessensausgleich, die Achtung der Rechte  
marginalisierter  
47 Gruppen, auf Zusammenarbeit und Rechtsstaatlichkeit, auf Konfliktprävention und  
48 regelbasierte Konfliktbearbeitung in einer eng vernetzten Welt. Unser Ziel ist eine  
49 Weltordnung, in der Konflikte nicht über das Recht des Stärkeren, sondern am  
50 Verhandlungstisch gelöst werden. Und wir reichen allen die Hand, die daran teilhaben  
wollen.

51 All das tun wir im Wissen um Deutschlands Verantwortung in der Welt und im  
Bewusstsein um  
52 die Verbrechen des Nationalsozialismus.

53 Als hochentwickelter und exportorientierter Industriestaat gehört Deutschland zu den  
54 Hauptverursachern globaler Erwärmung und agiert als entscheidender Player einer  
55 Globalisierung, die eben nicht nur Wohlstand und Entwicklung bedeutet, sondern auch  
zu  
56 Ausbeutung von Mensch und Umwelt führt. Diese Verantwortung verstehen wir als  
Antrieb für  
57 ambitionierte Veränderung und entschiedenes Handeln mit dem Ziel globaler

58 Gerechtigkeit und  
setzen dafür bei uns selbst an.

59 Das bedeutet auch: Wir fordern die Einhaltung und den Schutz der Menschenrechte  
nicht nur  
60 von anderen ein, sondern messen uns selbst daran. Menschenrechte sind  
völkerrechtliche  
61 Pflicht und unverrückbare Grundlage einer wertegeleiteten internationalen Politik. „Alle  
62 Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren“: Artikel 1 der  
Allgemeinen  
63 Erklärung der Menschenrechte ist Leitbild unseres Engagements – auch in der  
europäischen  
64 Flüchtlingspolitik. Sie ist das große Versagen Europas. In keinem anderen Bereich  
scheitern  
65 die europäischen Regierungen derart an den eigenen Ansprüchen von Moral,  
Menschenrechten und  
66 internationalem Recht.

67 Das Versagen ist zugleich global: Nirgends auf der Welt wird Flucht angemessen und  
nach  
68 klaren, menschenrechtsbasierten Prinzipien begegnet. Diese Regeln aber gibt es,  
ebenso wie  
69 es immer wieder Momente in unserer Geschichte gab, da nach ihnen gehandelt wurde.  
Hier  
70 wollen wir anknüpfen und – wenn nicht gesamteuropäisch, dann in einer humanitären  
Koalition  
71 der Willigen innerhalb und außerhalb der EU – einen Paradigmenwechsel hin zur  
konsequenten  
72 Vorbeugung gegen Fluchtursachen und zu einem menschenwürdigen Umgang mit  
Geflüchteten  
73 vorantreiben. Wir setzen auf Rationalität und Handlungswillen, auf Humanität und  
74 Verantwortung – und auf den unerlässlichen Pragmatismus der Nothilfe.

75 Die Größe und Komplexität der internationalen Herausforderungen, die da vor uns  
liegen,  
76 sollte Messlatte unseres außenpolitischen Handelns sein. Die globalen Aufgaben sind  
77 erheblich. Wagen wir die entsprechenden Antworten.

## 78 **Wir treiben die sozial-ökologische Transformation voran**

### 79 **Schubkraft für globale Transformation**

80 Mehr denn je bedrohen Klimaveränderungen und der Verlust von Artenvielfalt  
menschliche  
81 Sicherheit und Freiheit sowie die nachhaltige Entwicklung – überall auf der Welt. Die  
Zeit  
82 drängt. Darum braucht es in den nächsten Jahren einen energischen Schub für eine  
sozial-  
83 ökologische Transformation. Die nachhaltigen Entwicklungsziele der Agenda 2030 und  
des  
84 Klimaabkommens von Paris waren ein Aufbruch. Alle Länder sind seitdem verpflichtet,  
bei sich

85 zu Hause anzufangen und ihren Beitrag für die gemeinsame Aufgabe zu leisten –  
86 schließlich  
87 sind es unsere Entscheidungen in Wirtschaft und Handel, bei Agrar- oder  
88 Rüstungsexporten,  
89 die sich weltweit stark auf Klima, Artenschutz und globale Gerechtigkeit auswirken. Wir  
90 wollen alle Politikbereiche in Deutschland auf die Transformation ausrichten und einen  
91 Nachhaltigkeits- und Menschenrechts-TÜV einführen. Es gilt unsere internationalen  
92 Zusagen  
93 einzuhalten und die öffentlichen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit im  
94 Rahmen der ODA-  
95 Quote sowie der internationalen Klimafinanzierung und Biodiversität zu erfüllen. Auch  
96 international wollen wir neuen Schwung in die sozial-ökologische Transformation  
97 bringen,  
98 indem wir auf eine verbindliche Transformationsquote hinwirken. Wir bündeln die  
99 Ausgaben für  
100 Entwicklungszusammenarbeit, internationale Klimafinanzierung und Teile der  
101 humanitären  
102 Hilfe, um eine globale Transformation entlang den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten  
103 Nationen und den Pariser Klimazielen zu finanzieren. Deutschlands Beitrag soll die ODA-  
104 Quote  
105 erfüllen und bis 2025 8 Milliarden Euro zur internationalen Klimafinanzierung  
106 bereitstellen.

## 98 **Klimaaußenpolitik**

99 Wir verfolgen eine ambitionierte, nachhaltige und menschenrechtskonforme  
100 Klimaaußenpolitik.  
101 Sie ist klimapolitisch notwendig, kann nachhaltige Entwicklung fördern,  
102 Ressourcenkonflikten  
103 vorbeugen und Frieden sichern. Klimaaußenpolitik kann zu einer Win-win-Situation für  
104 Europa,  
105 seine Nachbarn und die Länder des globalen Sonnengürtels führen. Sie bedeutet zum  
106 einen,  
107 dass wir Europäer\*innen unseren Bedarf an grüner Energie durch Klimapartnerschaften  
108 decken  
109 helfen: grüner Wasserstoff statt Öl- und Gasimporte. Andererseits werden wir so endlich  
110 unserer historischen Verantwortung gerecht, indem wir Elektrifizierung und  
111 Technologietransfers insbesondere in afrikanischen Ländern vorantreiben und den  
112 massiven  
113 Ausbau der erneuerbaren Energien in diesen Ländern unterstützen. Nur so können wir  
114 es  
115 schaffen, global auf den 1,5-Grad-Pfad zu kommen. Wir stärken die bestehenden Fonds  
116 für  
117 Klimaanpassung und Klimaschutz („Adaptation and Mitigation“) und setzen uns dafür  
118 ein, dass  
119 es auch einen Fonds zum Ausgleich von Schäden und Verlusten („Loss and Damage“) gibt. Daraus  
120 können zum Beispiel Klimarisikoversicherungen finanziert werden. Entwicklungs- und  
121 Investitionsbanken wie die Weltbank sollten zu Transformationsbanken umgebaut  
122 werden.

## 113 **Klima- und Umweltschutz schützt Menschenrechte**

114 Der Schutz der Menschenrechte verpflichtet zum Klima- und Umweltschutz, umgekehrt  
 schützt  
 115 Klima- und Umweltschutz Menschenrechte. Wir treten für verbindliche Mechanismen  
 zum Schutz  
 116 von Menschen ein, die aufgrund von Extremwetterereignissen oder schleichender  
 117 Umweltveränderung ihre Heimat verlassen müssen. Regionale Ansätze, die den  
 Betroffenen eine  
 118 selbstbestimmte und würdevolle Migration ermöglichen, unterstützen wir. Zugleich  
 wollen wir  
 119 jene Staaten in die Pflicht nehmen, die historisch am meisten zur Erderwärmung  
 beigetragen  
 120 haben. Die „Task Force on Displacement“ wollen wir strukturell stärken und setzen uns  
 dafür  
 121 ein, dass ihre Empfehlungen ebenso umgesetzt werden wie der Globale Pakt für eine  
 sichere,  
 122 geordnete und reguläre Migration sowie der Globale Pakt für Flüchtlinge. Initiativen zur  
 123 Stärkung des Rechtswegs und das Instrument der Klimaklagen unterstützen wir. Die  
 124 französische Initiative, das Umweltvölkerrecht zu kodifizieren und zu konsolidieren,  
 greifen  
 125 wir auf und machen uns dafür stark, in einem ersten Schritt das Recht auf saubere  
 Umwelt in  
 126 einer Resolution der VN-Generalversammlung zu verbriefen.

## 127 **Armut weltweit bekämpfen**

128 Durch die Corona-Pandemie ist die Armut weltweit dramatisch angestiegen.  
 Armutsbekämpfung  
 129 ist zentrales Ziel unseres internationalen Engagements. Darum setzen wir uns dafür  
 ein, dass  
 130 Menschen weltweit sozial abgesichert werden und wollen – gemeinsam mit lokalen  
 131 Organisationen und Expert\*innen – zum Aufbau und einer nachhaltigen Stärkung von  
 sozialen  
 132 Sicherungssystemen beitragen. In einem ersten Schritt können Menschen in besonders  
 von Armut  
 133 betroffenen Regionen durch finanzielle Direkthilfen („social cash transfers“) im Rahmen  
 der  
 134 ODA-Mittel abgesichert werden. Grundsätzlich wollen wir, dass soziale  
 Sicherungsprogramme  
 135 die vulnerabelsten Gruppen erreichen – und Geschlechtergerechtigkeit und sozialen  
 136 Zusammenhalt fördern.

## 137 **Wir stärken die multilaterale Zusammenarbeit**

### 138 **Vereinte Nationen reformieren**

139 Ohne die Vereinten Nationen ist die multilaterale Zusammenarbeit an der sozial-  
 ökologischen  
 140 Transformation nicht zu meistern. Ihre Institutionen versorgen überall auf der Welt

141 Millionen von Geflüchteten, stellen Bildung, Nahrung und Gesundheit zur Verfügung. Sie  
142 vermitteln in unzähligen Kriegen und Konflikten und sind der Rahmen, in dem die  
143 wichtigsten multilateralen Abkommen der vergangenen Jahre ausgehandelt worden  
144 sind: die 2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung und das Pariser Klimaschutzabkommen. Das  
145 Engagement Deutschlands und der EU für die Vereinten Nationen werden wir finanziell, personell und  
146 diplomatisch substanziell verstärken, besser koordinieren und internationale  
147 Vereinbarungen konsequent in nationale und europäische Politik umsetzen. So schaffen wir die  
148 Voraussetzungen für notwendige Reformen des VN-Systems. Der Sicherheitsrat und  
149 andere Organe der Vereinten Nationen sollten an die Realitäten des 21. Jahrhunderts angepasst  
150 werden. Dabei geht es um eine gerechtere Repräsentation der Regionen im Sicherheitsrat. Das  
151 Konzept der Vetomächte ist nicht mehr zeitgemäß. Wir zielen darauf, dass das Vetorecht  
152 langfristig abgeschafft wird. Als Zwischenschritt sollte im Falle von schwersten Verbrechen gegen  
153 die Menschlichkeit ein Veto im Sicherheitsrat mit einer Begründung und einem  
154 Alternativvorschlag versehen werden. Wenn der Sicherheitsrat im Falle von schwersten  
155 Menschenrechtsverletzungen anhaltend blockiert ist, soll die Generalversammlung an seiner Stelle über  
156 friedens erzwingende Maßnahmen mit qualifizierter Mehrheit beschließen.

### 157 **Resilienz gegen Epidemien erhöhen - WHO stärken**

158 Zum Schutz vor neuen und zur Bekämpfung der alten Krankheiten setzen wir auf  
159 verstärkte internationale Zusammenarbeit und Solidarität unter dem Dach der zu reformierenden  
160 Weltgesundheitsorganisation als Sonderorganisation der Vereinten Nationen. Wir wollen  
161 die WHO in ihrer Ausstattung mit deutlich höheren Beiträgen und einem klaren Mandat als  
162 koordinierende Organisation der globalen Gesundheit stärken. In der Gruppe der G20  
163 werden wir uns dafür einsetzen, ihr einen formellen Sitz einzuräumen. Medikamente und  
164 Impfstoffe müssen in allen Ländern erschwinglich und zugänglich sein, das Patentrecht muss  
165 entsprechend flexibel sein. Monopole auf geistiges Eigentum zur Bekämpfung von Krankheiten dürfen  
166 den Zugang zu überlebenswichtigen Schutzmaterialien, Impfstoffen und Arzneimitteln nicht  
167 versperren.

---

## 168 **50 Prozent Frauen in internationalen Verhandlungen**

169 Wir wollen dem Multilateralismus neue Impulse für mehr Zusammenarbeit geben.  
Transformation  
170 gelingt nur mit Kooperation, und die gelingt nur durch Einbeziehung der betroffenen  
171 gesellschaftlichen Gruppen. Nach wie vor ist die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen  
der  
172 stärkste Indikator dafür. Wir wollen schrittweise für Deutschland und Europa eine 50-  
173 Prozent-Quote in allen diplomatischen und multilateralen Verhandlungen, für die  
Entsendung  
174 in internationale Organisationen sowie auf den Umsetzungsebenen durchsetzen. Um  
das zu  
175 ermöglichen, ist eine 50-Prozent-Quote für Frauen im Auswahlverfahren für das  
Personal in  
176 internationalen Einsätzen, in den international arbeitenden Ministerien sowie im  
gehobenen  
177 und höheren Europäischen Auswärtigen Dienst notwendig. Es braucht vergleichbare  
Kriterien,  
178 Standards, Indikatoren und Zeitrahmen für die Gleichstellungspläne der Ministerien,  
179 vergleichbar mit dem „Gender Equality Plan“ nach dem Vorbild der schwedischen  
Regierung.

## 180 **Wir arbeiten an guten Beziehungen in einer multipolaren** 181 **Welt**

### 182 **Für eine aktive europäische Nachbarschaftspolitik**

183 Die EU muss vor allem in ihrer direkten Nachbarschaft mehr Verantwortung  
übernehmen. Die EU-  
184 Erweiterungspolitik ist dabei eine Erfolgsgeschichte, die wir fortschreiben wollen.  
Deshalb  
185 treten wir für konkrete Fortschritte bei der europäischen Integration des westlichen  
Balkans  
186 und eine Aufnahme der Beitrittsgespräche mit Albanien und Nordmazedonien auf  
Grundlage der  
187 Kopenhagener Kriterien ein. In Osteuropa streiten viele mutige Menschen in Ländern  
wie  
188 Armenien, Georgien, der Ukraine oder Belarus für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und  
189 Menschenrechte. Wir unterstützen die demokratische Zivilgesellschaft und  
unabhängige Medien  
190 in den östlichen Nachbarländern, wollen mehr Austausch zwischen Ost und West  
ermöglichen und  
191 über die Östliche Partnerschaft der EU Justizreformen vorantreiben. Den EU-assozierten  
192 Ländern der Östlichen Partnerschaft wollen wir den Weg zu einem EU-Beitritt  
offenhalten. Im  
193 Süden braucht es eine neue Mittelmeerpolitik, die gemeinsam Entwicklungspotenziale  
für die  
194 Region realisiert und sich zugleich den enormen Herausforderungen stellt: Terrorismus,  
195 autoritäre Regime, Staatszerfall. Gemeinsam wollen wir im Rahmen ambitionierterter

196 Energiepartnerschaften den Mittelmeerraum zu einer Plus-Energie-Region machen.  
Derweil hat  
197 zu unserem großen Bedauern mit Großbritannien erstmals ein Land das gemeinsame  
Haus der EU  
198 verlassen. Es ist gut, dass mit dem Handels- und Kooperationsabkommen die  
Grundlage für  
199 einen Neubeginn geschaffen wurde. Es bedarf aber weiterer Anstrengungen, um zu  
verhindern,  
200 dass europäische Standards ausgehöhlt werden. Der Frieden auf der irischen Insel ohne  
harte  
201 Grenze hat weiter Priorität.

## 202 **USA**

203 Die transatlantische Partnerschaft bleibt ein Stützpfeiler der deutschen Außenpolitik,  
204 jedoch muss sie erneuert, europäisch gefasst, multilateral und an klaren gemeinsamen  
Werten  
205 und demokratischen Zielen ausgerichtet werden. Als Kern einer erneuerten  
transatlantischen  
206 Agenda der EU schlagen wir vor, einen gemeinsamen starken Impuls für die weltweite  
207 Klimapolitik, ausgehend von den Pariser Klimazielen, zu geben. Wir setzen auch bei  
208 Digitalisierung, der Stärkung des Multilateralismus, in Handelsfragen sowie bei der  
209 Gesundheit auf eine gute Kooperation mit den USA. Wir wollen uns gemeinsam für den  
210 weltweiten Menschenrechtsschutz und eine regelbasierte Weltordnung einsetzen. Das  
schließt  
211 eine Verständigung über den Umgang mit autoritären Staaten wie China und Russland  
mit ein.  
212 Der sicherheitspolitische Fokus der USA wird sich auch mit der neuen US-Regierung  
nicht  
213 wieder zuvorderst auf Europa richten. Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen selbst  
mehr  
214 außen- und sicherheitspolitische Verantwortung übernehmen. Das gilt insbesondere für  
die  
215 Sicherheit der östlichen Nachbarländer der EU wie auch der baltischen Staaten und  
Polens.  
216 Wir wollen die transatlantische Debatte auf vielen Ebenen führen, auch auf den  
jeweiligen  
217 föderalen und lokalen, und damit nachhaltige, diverse gesellschaftliche Netzwerke  
knüpfen.

## 218 **China**

219 China ist Europas Wettbewerber, Partner, systemischer Rivale. Wir verlangen von China  
ein  
220 Ende seiner eklatanten Menschenrechtsverletzungen etwa in Xinjiang und Tibet und  
zunehmend  
221 auch in Hongkong. Es braucht dennoch einen konstruktiven Klima-Dialog mit China und  
wir  
222 streben gemeinsame politische, wirtschaftliche und technologische Anstrengungen zur  
223 Bekämpfung der Klimakrise an. Die Kooperation mit China darf nicht zu Lasten von  
224 Drittstaaten oder von Menschen- und Bürger\*innenrechten gehen. Wir halten uns an



## Europas

225 „Ein-China-Politik“ und betonen, dass Chinas Vereinigung nicht gegen den Willen der  
226 Bevölkerung Taiwans erzwungen werden darf. Unsere Handelsbeziehungen mit China  
wollen wir  
227 nutzen, um fairen Marktzugang für ausländische Investitionen, Rechtssicherheit und  
gleiche  
228 Wettbewerbsbedingungen einzufordern. Wir erwarten, dass China die entscheidenden  
Kernnormen  
229 der Internationalen Arbeitsorganisation ILO ratifiziert und die Zwangsarbeit beendet.  
Das  
230 europäische Lieferkettengesetz muss angesichts der Menschenrechtsverletzung – etwa  
in  
231 Xinjiang – Waren aus Zwangsarbeit den Zugang zum Binnenmarkt ebenso verwehren,  
wie es  
232 Unternehmen für ihre Produkte in Haftung nimmt. Wir werden an einer engen  
europäischen und  
233 transatlantischen Koordinierung gegenüber China arbeiten, besonders auch in den  
Bereichen  
234 5G-Ausbau und Schutz kritischer Infrastruktur.

## 235 **Russland**

236 Russland hat sich zunehmend in einen autoritären Staat gewandelt und untergräbt  
immer  
237 offensiver Demokratie und Stabilität in der EU und in der gemeinsamen Nachbarschaft.  
238 Gleichzeitig erstarkt die Demokratiebewegung in Russland. Die mutige Zivilgesellschaft,  
die  
239 der immer härteren Repression durch den Kreml die Stirn bietet und für  
Menschenrechte,  
240 Demokratie und Rechtsstaatlichkeit kämpft, wollen wir unterstützen und den Austausch  
mit ihr  
241 intensivieren. Für eine Lockerung der Sanktionen, die wegen der völkerrechtswidrigen  
242 Annexion der Krim und des militärischen Vorgehens gegen die Ukraine gegen Russland  
verhängt  
243 wurden, hat die EU klare Bedingungen formuliert. An diesen werden wir festhalten und  
die  
244 Sanktionen bei Bedarf verschärfen. Wir verlangen, dass die russische Regierung ihre  
Zusagen  
245 aus dem Minsker Abkommen umsetzt. Das Pipeline-Projekt Nord Stream 2 ist nicht nur  
klima-  
246 und energiepolitisch, sondern auch geostrategisch schädlich – insbesondere für die  
Situation  
247 der Ukraine – und muss daher gestoppt werden.

## 248 **Türkei**

249 Wir stehen an der Seite all derer, die in der Türkei für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit  
und  
250 Menschenrechte kämpfen. Wir verurteilen die Menschenrechts- und  
Rechtsstaatsverletzungen,  
251 fordern eine Freilassung aller politischen Gefangenen und die Rückkehr zu einem

politischen  
252 Dialog- und Friedensprozess in der kurdischen Frage. Wir weisen die aggressive  
Außenpolitik  
253 der türkischen Regierung entschieden zurück und fordern sie auf, zu einer  
multilateralen  
254 Außen- und Sicherheitspolitik zurückzukehren – das gilt es auch in der NATO zu  
255 thematisieren. Die Wiederaufnahme der Gespräche über einen EU-Beitritt kann es erst  
geben,  
256 wenn die Türkei eine Kehrtwende zurück zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit  
vollzieht. Der  
257 bestehende EU-Türkei-Deal untergräbt internationales Asylrecht, ist gescheitert und  
muss  
258 daher beendet werden. Dafür braucht es ein neues, völkerrechts- und  
rechtsstaatskonformes  
259 Abkommen, das aus den Fehlern der Vergangenheit lernt, die notwendige finanzielle  
und  
260 logistische Unterstützung vor Ort garantiert und eine verbindliche Kontingenzusage zur  
Umsiedlung besonders schutzbedürftiger Geflüchteter in die EU enthält. Wir lehnen es  
261 entschieden ab, dass Menschen in Deutschland mit familiären Bindungen in die Türkei  
262 von der  
263 türkischen Regierung politisch und religiös instrumentalisiert werden, unter anderem  
durch  
264 in Deutschland tätige Vereine und Staatsmedien.

## 265 **Israel und Palästina**

266 Deutschland hat eine historische Verantwortung gegenüber Israel. Die Existenz und die  
267 Sicherheit Israels als nationale Heimstätte des jüdischen Volkes mit gleichen Rechten  
für  
268 all seine Bürger\*innen sind unverhandelbar. Die Fortsetzung der engen Beziehungen  
sowie  
269 Frieden und Stabilität im Nahen Osten sind ein zentrales Anliegen deutscher Außen-  
und  
270 Sicherheitspolitik. Die zunehmende Bedrohung Israels in seiner Nachbarschaft  
verurteilen  
271 wir. Die Sicherheitslage in der Region ist fragil und darf nicht weiter eskaliert werden.  
272 Einseitige Maßnahmen wie eine Annexion von besetzten Gebieten oder der  
fortschreitende  
273 völkerrechtswidrige Siedlungsbau laufen dem Ziel einer friedlichen und politischen  
Lösung  
274 des Konflikts entgegen. Für Frieden und Sicherheit braucht es eine Zweistaatenregelung  
mit  
275 zwei souveränen, lebensfähigen und demokratischen Staaten für Israelis und  
276 Palästinenser\*innen. Die angekündigten Wahlen in den palästinensischen Gebieten sind  
ein  
277 positives Zeichen. Die Chance der politischen und wirtschaftlichen Abkommen Israels  
mit  
278 arabischen Staaten wollen wir nutzen, um einen multilateralen Friedensprozess wieder  
279 aufleben zu lassen und einen langfristigen Frieden in der Region zu schaffen. Europa

soll

280 sich hierfür eng mit der neuen US-Regierung koordinieren.

## 281 **Nachbarschaft und Partnerschaft mit Afrika**

282 Die afrikanischen Staaten und die Europäische Union sind regional wie historisch eng  
283 verbunden und teilen gemeinsame Interessen. Die afrikanischen Gesellschaften sind  
divers und  
284 vielfältig mit über 3.000 Sprachen in 54 Staaten. In den Beziehungen mit den  
afrikanischen  
285 Staaten setzen wir uns – auf Basis einer gemeinsamen, globalen Verantwortung für  
Frieden,  
286 nachhaltige Entwicklung und Gerechtigkeit – für eine in der Bundesregierung und der  
EU  
287 abgestimmte und differenzierte Politik ein. Die Zukunft liegt in einer Afrikapolitik, die  
288 sich von kolonialen und patriarchalen Denkmustern freimacht und gleichzeitig die  
europäische  
289 Verantwortung gegenüber dem Kontinent ernst nimmt. Die Fortsetzung einer  
einseitigen  
290 Politik, die in weiten Teilen auf Fluchtabwehr, unfairen Handelsbeziehungen und der  
291 Ausbeutung von Rohstoffen fußt, lehnen wir ab. Anstatt für sich ewig konterkarierende  
292 Ansätze machen wir uns für eine gemeinsame und kohärente EU-Afrika-Strategie stark,  
die  
293 Zukunftsthemen wie Klimaschutz und Digitalisierung ebenso ins Zentrum rückt wie die  
globale  
294 sozial-ökologische Transformation und zivile Krisenprävention. Der Afrikanischen Union  
295 stehen wir bei der Umsetzung ihrer Agenda 2063 und der regionalen  
Entwicklungsagenden nach  
296 Kräften zur Seite.

## 297 **Wir verteidigen die Menschenrechte**

### 298 **Menschenrechtsverteidiger\*innen schützen**

299 Menschenrechtsverteidiger\*innen sind Held\*innen. Sie verteidigen überall auf der Welt  
oft  
300 unter Lebensgefahr für sich und ihre Familien die Einhaltung der Menschenrechte an  
301 vorderster Front. Sie bedürfen unseres Schutzes, unserer Solidarität und aktiven  
302 Unterstützung – auf allen Ebenen. An den besonders betroffenen deutschen  
303 Auslandsvertretungen sollten deshalb Menschenrechtsreferent\*innen als extra  
Anlaufstelle  
304 etabliert und sollte eine ressortübergreifende systematische Berichterstattung über die  
305 Menschenrechtssituation im Land eingeführt werden. Für Menschenrechtsverteidiger\*innen,  
die nicht  
306 in ihrem Land bleiben können, weil sie dort akut gefährdet sind, wollen wir schneller  
und  
307 häufiger als bisher humanitäre Visa bereitstellen und die neu eingerichtete Elisabeth-  
308 Selbert-Initiative zu ihrer temporären Aufnahme ausbauen. Auf internationaler Ebene  
setzen  
309 wir uns für den Ausbau von Förderungsmöglichkeiten für zivilgesellschaftliche

Initiativen

310 und die finanzielle Stärkung der entsprechenden Schutzinstrumente und Institutionen,  
wie  
311 beispielsweise Sonderberichterstatte\*innen, ein.

## 312 **Kriegsverbrecher\*innen zur Rechenschaft ziehen**

313 Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Völkermord und Kriegsverbrechen dürfen nicht  
ungestraft  
314 bleiben – als Zeichen der Gerechtigkeit an die Opfer, als Signal der Abschreckung, als  
315 Voraussetzung für Frieden und Versöhnung. Das deutsche Völkerstrafrecht bietet die  
316 Möglichkeit der Verurteilung auch hier in Deutschland. Dazu werden wir die Kapazitäten  
beim  
317 Bundeskriminalamt und der Generalbundesanwaltschaft ausbauen. Die Ermittlungen in  
Fällen  
318 sexualisierter Gewalt sollten verbessert und die Strafprozessordnung sollte dort  
reformiert  
319 werden, wo sie den Besonderheiten von Völkerstrafrechtsverfahren noch nicht  
Rechnung trägt.  
320 International setzen wir uns für die Stärkung des Internationalen Strafgerichtshofes und  
des  
321 Mechanismus der Vereinten Nationen für die Untersuchung und Verfolgung von  
schwersten  
322 Kriegsverbrechen in Syrien (IIIM) ein – politisch wie finanziell. Gerade Kinder und  
323 Jugendliche, die sexualisierte und geschlechtsbasierte Gewalt, Entführungen,  
Rekrutierung  
324 als Kindersoldat\*innen erlebt haben, leiden unter schweren Traumata. Wird dieses Leid  
nicht  
325 aufgearbeitet, beeinträchtigt es das Leben dieser Menschen und ihrer Familien sowie  
den  
326 gesellschaftlichen Zusammenhalt über Generationen. Die individuelle  
Traumabearbeitung wollen  
327 wir durch mehr qualifiziertes Personal und sichere Traumazentren vor Ort auch mit  
unseren  
328 internationalen Partnern und in Deutschland deutlich ausbauen.

## 329 **Keine Überwachungstechnologie für Diktaturen**

330 Verschlüsselte Kommunikation rettet tagtäglich Menschenleben. In den sozialen Medien  
werden  
331 Menschenrechtsverletzungen, die ansonsten unentdeckt geblieben wären, für alle  
sichtbar. Und  
332 ohne Satellitenbilder ließe sich etwa die Vertreibung ganzer Dorfgemeinschaften in  
333 Kriegsgebieten gar nicht erst nachvollziehen. Zugleich sind es oft europäische  
334 Überwachungstools, die es autokratischen Regierungen ermöglichen, unliebsame  
Aktivist\*innen  
335 zu verfolgen. Wir zielen auf ein europäisches Moratorium für die Ausfuhr, den Verkauf  
und  
336 die Weitergabe von Überwachungsinstrumenten an repressive Regime. Entsprechende  
337 Schutzklauseln wollen wir in der deutschen wie europäischen Exportkontrolle  
verankern. Wir

338 fördern die Entkriminalisierung verschlüsselter Kommunikation und stärken die Multi-  
339 Stakeholder-Governance des Internets auf internationaler Ebene. Im Rahmen unserer  
340 internationalen Zusammenarbeit setzen wir uns für den Zugang aller zu digitaler  
Technologie  
341 ein. Den freien Zugang zu Informationen als einem globalen öffentlichen Gut gilt es zu  
342 fördern und zu schützen. Durch die Unterstützung von Trainings stärken wir die sichere  
343 digitale Vernetzung zivilgesellschaftlicher Organisationen weltweit.

## 344 **Für Selbstbestimmung von Frauen und Mädchen weltweit**

345 Die Gleichstellung der Geschlechter ist ein Menschenrecht. Ohne  
Geschlechtergerechtigkeit  
346 kann auch Armut nicht wirksam bekämpft werden. In vielen der ärmsten oder  
347 konfliktgebeutelten Länder sind Frauen und Mädchen besonders von Armut, Hunger  
und Gewalt  
348 betroffen. Wir setzen uns konsequent für die Rechte von Frauen und Mädchen weltweit  
ein, für  
349 ein selbstbestimmtes Leben. Bildung und Gesundheit sind dafür die Schlüssel. Wir  
engagieren  
350 uns dafür, Frauen und Mädchen den uneingeschränkten Zugang zu gleichwertiger  
Bildung zu  
351 sichern sowie ihre sexuellen und reproduktiven Rechte zu schützen. Es braucht  
innovative  
352 Bildungsangebote wie kompakte nachholende Grundbildung für Frauen oder  
Berufsbildung in  
353 Krisen- und Post-Konfliktkontexten. Unsere internationale Zusammenarbeit werden wir  
darum  
354 finanziell und konzeptionell auf diese Aufgabe hin ausrichten, die Erreichung der  
355 Geschlechtergerechtigkeit als Querschnittsaufgabe sowie reproduktive Gesundheit und  
das  
356 Recht auf Bildung in allen Projekten verankern.

## 357 **Menschenrechtskonventionen umsetzen, Institutionen stärken**

358 Um Menschenrechte tatsächlich und rechtlich durchsetzen zu können, müssen  
internationale  
359 Menschenrechtskonventionen ratifiziert und Menschenrechtsinstitutionen gestärkt  
werden. Es  
360 gilt insbesondere die ILO-Konvention für die Rechte indigener Völker, das  
361 Fakultativprotokoll zum Sozialpakt und die Wanderarbeiterkonvention der Vereinten  
Nationen  
362 zu ratifizieren. Das ist für Deutschland seit vielen Jahren überfällig. Auf europäischer  
363 Ebene setzen wir uns für die Umsetzung der Urteile des Europäischen Gerichtshofs für  
364 Menschenrechte ein. Das Instrument der gezielten EU-Sanktionen gegen  
365 Menschenrechtsverbrecher\*innen befürworten wir. Die Beauftragte der  
Bundesregierung für  
366 Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe, die Nationale Stelle zur Verhütung von  
Folter  
367 und das Deutsche Institut für Menschenrechte wollen wir besser ausstatten, damit sie  
ihre  
368 Aufgaben planbar erfüllen können. Menschenrechte und Demokratieförderung sind

Grundpfeiler

369 unserer entwicklungspolitischen Arbeit.

## 370 **Rechte von Minderheiten schützen**

371 Der Umgang mit Minderheiten ist der Gradmesser für den Menschenrechtsschutz in  
einer  
372 Gesellschaft. Wir setzen uns dafür ein, die Rechte von Minderheiten auf internationaler  
373 Ebene zu stärken – auch innerhalb der EU. Nach wie vor setzen die einzelnen Staaten  
den  
374 durch die Vereinten Nationen vorgegebenen Minderheitenschutz in nationales Recht  
um, ohne  
375 dass einheitlich kontrolliert wird, ob das umfassend genug ist. Damit ist der Schutz  
376 lückenhaft. Wir werden außenpolitisch für die weltweite Umsetzung der Yogyakarta-  
Prinzipien  
377 zum Schutz von LSBTIQ\* eintreten. In der Entwicklungspolitik wollen wir hier einen  
neuen  
378 Fokus setzen und unser Engagement deutlich steigern. Selbst innerhalb der EU gibt es  
große  
379 Unterschiede: Es existieren keine gemeinsamen EU-Mindeststandards, kein einheitlicher  
Rechtsrahmen, der den Schutz und die Förderung von Minderheiten gewährt. Das  
380 wollen wir  
381 ändern. In der EU werden wir uns für die Verabschiedung der 5.  
382 Antidiskriminierungsrichtlinie einsetzen, damit international anerkannte  
Menschenrechte in  
383 der EU eine Rechtsgrundlage erhalten und die VN-Konvention über die Rechte von  
Menschen mit  
384 Behinderungen auf europäischer Ebene rechtlich umgesetzt wird. Den EU-Aktionsplan  
gegen  
385 Rassismus treiben wir national und international voran.

## 386 **Wir schützen Geflüchtete**

### 387 **Eine menschenwürdige Flüchtlingspolitik in Europa umsetzen**

388 Wir treten für eine Europäische Union ein, die ihre humanitäre Verantwortung, das  
Grundrecht  
389 auf Asyl und die Notwendigkeit, Verfahren nach völkerrechtlichen Standards fair und  
zügig  
390 durchzuführen, zusammenbringt. So schwer das derzeit in der EU der 27 auch ist.  
Zustände wie  
391 in den Lagern auf den griechischen Inseln oder an der Grenze zu Kroatien bedeuten  
einen  
392 Bruch mit europäischen Werten und Menschenrechten. Der Blockade einer  
gemeinsamen und  
393 humanen Flüchtlingspolitik zwischen den Mitgliedstaaten begegnen wir mit folgendem  
Plan: In  
394 gemeinschaftlichen von den europäischen Partnern geführten Einrichtungen innerhalb  
der EU an

395 den rechtsstaatlich und europäisch kontrollierten EU-Außengrenzen sollen die  
396 Geflüchteten registriert werden und einen ersten Sicherheitscheck durchlaufen. So wissen wir, wer zu  
397 uns kommt, und werden zugleich unserer humanitären Verantwortung gerecht. Die  
398 Menschen, die nach Europa kommen, müssen medizinisch und psychologisch erstversorgt und  
399 menschenwürdig untergebracht werden. Unter Berücksichtigung persönlicher Umstände wie familiärer  
400 Bindungen oder der Sprachkenntnisse bestimmt die EU-Agentur für Asylfragen den Aufnahme-  
401 Mitgliedstaat. Der zugrunde liegende Verteilmechanismus stützt sich zunächst auf die Bereitschaft  
402 von Regionen und Städten, Geflüchtete freiwillig aufzunehmen. Wer das tut, erhält Hilfe aus  
403 einem EU-Integrationsfonds. Reichen die Aufnahmeplätze nicht aus, weiten alle  
404 Mitgliedstaaten im Verhältnis von Bruttoinlandsprodukt und Bevölkerungsgröße  
405 verpflichtend ihr Angebot aus oder leisten einen mindestens gleichwertigen Beitrag zu den  
406 Gesamtkosten. Das Asylverfahren findet im aufnehmenden Mitgliedstaat statt. Die Kommission stellt  
407 sicher, dass die gemeinsamen Regeln und Mindeststandards eingehalten werden. Wir werden  
408 mit handlungswilligen Ländern und Regionen vorangehen, um die derzeitige katastrophale  
409 Situation an den Außengrenzen zu beenden. Geschlossene Lager, Transitzonen oder europäische  
410 Außenlager in Drittstaaten lehnen wir ab.

### 411 **Familien zusammenführen**

412 Niemand sollte für das völkerrechtlich verbrieftete Recht, um Asyl zu ersuchen, das  
413 eigene Leben oder das der Familie riskieren müssen. Genau das ist aber bittere Realität: Immer  
414 noch reichen die Möglichkeiten für sichere Zugangswege bei weitem nicht aus und  
415 Geflüchtete sind deshalb gezwungen, auf lebensgefährliche Routen durch die Wüste oder über das Meer  
416 auszuweichen. Wir wollen sichere und geordnete Zugangswege schaffen – und so  
417 verhindern, dass Schlepper aus der Not und dem Leid der Geflüchteten Profit schlagen können.  
418 Dabei sind wir dem besonderen Schutz der Familie gemäß Grundgesetz, VN-  
419 Kinderrechtskonvention und Europäischer Menschenrechtskonvention verpflichtet und treten dafür ein, die  
420 Einschränkungen beim Familiennachzug wieder aufzuheben. Familien gehören zusammen und das  
421 Kindeswohl hat oberste Priorität. Auch Menschen mit subsidiärem Schutzstatus müssen deshalb ihre  
422 Kernfamilien ohne die bisherigen Einschränkungen nachholen können und mit

Geflüchteten

423 gleichgestellt werden. Wir wollen den Geschwisternachzug wieder ermöglichen. An  
deutschen  
424 und europäischen Botschaften braucht es mehr Personal und die Möglichkeit, digital  
Anträge  
425 zu stellen, um die Wartezeiten für Visa von Familienangehörigen zu verkürzen. Auch mit  
426 humanitären Visa möchten wir Schutzbedürftigen die Möglichkeit geben, sicher nach  
Europa zu  
427 kommen und hier um Asyl zu ersuchen.

## 428 **Sichere Zugangswege durch humanitäre Aufnahmepartnerschaft**

429 Im Rahmen des Resettlement-Programms des UNHCR werden durch die Vereinten  
Nationen  
430 anerkannte, besonders schutzbedürftige Geflüchtete solidarisch und geordnet auf die  
431 Aufnahmeländer verteilt, statt sie ihrem Schicksal auf gefährlichen Fluchtrouten zu  
432 überlassen. Das rettet Leben, nimmt Schleppern die Geschäftsgrundlage und folgt  
einem  
433 bewährten, planbaren Verfahren. Im Globalen Pakt für Flüchtlinge ist die  
Weltgemeinschaft  
434 übereingekommen, das Resettlement zu verstärken. Doch faktisch sinkt die Zahl der  
435 Aufnahmeplätze seit Jahren. Wir schlagen vor, zusammen mit der neuen US-  
Administration und  
436 Kanada sowie anderen in einer globalen humanitären Partnerschaft die Aufnahme  
besonders  
437 schutzbedürftiger Geflüchteter aus dem Resettlement-Programm deutlich auszubauen.  
So stärken  
438 wir die Vereinten Nationen, schaffen Planbarkeit auf allen Seiten, gehen mit gutem  
Beispiel  
439 voran und regen andere Staaten an, dem internationalen Bündnis beizutreten. Das  
individuelle  
440 Asylrecht bleibt durch das Resettlement unangetastet.

## 441 **Landesaufnahmeprogramme ermöglichen**

442 Mehrere Bundesländer und über 200 Kommunen in Deutschland sind bereit, mehr  
Geflüchtete als  
443 von der Bundesregierung zugesagt bei sich aufzunehmen. Dass diese weiteren  
Aufnahmeplätze  
444 dringend gebraucht werden, ist angesichts der elenden Zustände in den Lagern an den  
EU-  
445 Außengrenzen, etwa auf den griechischen Inseln oder an der bosnisch-kroatischen  
Grenze,  
446 offensichtlich. Wir wollen eine humanitäre Aufnahmepolitik, bei der der Bund und die  
Länder  
447 kooperativ zusammenarbeiten und die die Aufnahmebereitschaft von Kommunen und  
Ländern nicht  
448 mehr ignoriert. Länder und Kommunen sollen mehr Mitsprache- und  
Gestaltungsmöglichkeiten  
449 erhalten, wenn es um die humanitäre Aufnahme Geflüchteter geht. Mit einer Änderung



der

450 Zustimmungsregel zwischen dem Bundesinnenministerium und den Ländern von  
Einvernehmen in

451 Benehmen wollen wir klarstellen, dass sich Bundesländer künftig über den Königsteiner  
452 Schlüssel hinaus selbständig und frei für die Aufnahme von Geflüchteten entscheiden  
können.

453 Der Bund soll weiter die finanziellen und infrastrukturellen Aufgaben erfüllen.

#### 454 **Menschenrechte einhalten, Außengrenzen sichern**

455 Ein gemeinsamer Raum der Freizügigkeit und ohne Binnengrenzen braucht kontrollierte

456 Außengrenzen. Eine Außengrenze muss aber auch legale Zugangswege haben. Dass  
tausende

457 Menschen jährlich im Mittelmeer ertrinken, weil europäische Regierungen ihnen nicht  
458 ausreichend sichere Zugangswege ermöglichen und auch die Rettung aus Seenot  
verweigern, ist

459 eine Schande. Wir streiten weiter für eine zivile und flächendeckende, europäisch  
460 koordinierte und finanzierte Seenotrettung. Da ein gemeinsames Vorgehen aller  
europäischen

461 Mitgliedstaaten derzeit nicht möglich erscheint, wollen wir mit jenen vorangehen, die  
die

462 Seenotrettung als völkerrechtliche Pflicht ernst nehmen: Gerettete müssen zum  
nächsten

463 sicheren Hafen gebracht werden. Wir stehen fest an der Seite zivilgesellschaftlicher

464 Rettungsinitiativen und treten dafür ein, dass die Kriminalisierung und behördliche

465 Behinderung ihrer Arbeit beendet wird. Wir wollen, dass die Seenotrettung explizit ins

466 Aufgabenprofil von Frontex aufgenommen wird, und setzen auf eine europäische  
Grenzkontrolle,

467 die den gemeinsamen Schutz der Menschenrechte zur Grundlage hat und wichtige

468 grenzpolizeiliche Aufgaben wahrnimmt, ohne sie zur Fluchtabwehr zu missbrauchen.

Das moderne

469 Asylrecht beruht auf der Einzelfallprüfung, das völker- und europarechtlich verbrieft

470 Nichtzurückweisungsgebot gilt immer und überall. Die Genfer Flüchtlingskonvention gilt

471 uneingeschränkt. Ihre Aushöhlung führt weder zu mehr Sicherheit noch zu mehr  
europäischer

472 Handlungsfähigkeit in der Flüchtlingspolitik. Völkerrechtswidrige Pushbacks, von  
nationalen

473 Grenzpolizeien oder Frontex begangen, müssen geahndet werden. Das entsprechende  
Monitoring

474 durch die EU-Grundrechteagentur wollen wir ausbauen. Es bedarf einer engen  
parlamentarischen

475 Kontrolle von Frontex-Einsätzen sowie einer systematischen  
Menschenrechtsbeobachtung vor

476 Ort.

#### 477 **Aufnahme- und Transitländer unterstützen**

478 Die humanitäre Versorgung von Geflüchteten außerhalb der Europäischen Union ist  
Bestandteil

479 unserer globalen Verantwortung. Wir wollen die finanzielle und logistische  
Unterstützung von  
480 Erstaufnahme- und Transitländern wie der Türkei, dem Libanon, dem Sudan, Pakistan  
oder  
481 Uganda sowie der dort tätigen Hilfsorganisationen ausbauen. Die deutsche und  
europäische  
482 Zusammenarbeit mit Drittstaaten muss stets so erfolgen, dass Menschen- und  
Grundrechte sowie  
483 internationale Asylstandards eingehalten werden. „Migrationspartnerschaften“ mit  
repressiven  
484 Regimen lehnen wir ab, genauso wie die Kooperation mit der libyschen Küstenwache.  
Statt  
485 „sichere Herkunftsländer“ zu definieren, brauchen wir für Rückführungen  
486 menschenrechtskonforme Rückübernahmeabkommen. Wir wollen denjenigen Ländern,  
die ihren  
487 Staatsbürger\*innen nach einer Rückkehr Sicherheit garantieren, im Gegenzug über  
488 Visaerleichterungen oder Ausbildungspartnerschaften verlässliche Aussicht auf eine  
geordnete  
489 Migration eröffnen. Rückübernahmeabkommen dürfen aber nicht zur Bedingung in  
anderen  
490 Politikbereichen, etwa entwicklungspolitischer oder rechtsstaatlicher Unterstützung,  
gemacht  
491 werden und nicht für Drittstaatsangehörige gelten.

## 492 **Fluchtursachen strukturell angehen**

493 Wir wollen verhindern, dass Menschen überhaupt fliehen und ihre bisherige Heimat  
494 unfreiwillig verlassen müssen. Deshalb rücken wir die strukturellen Ursachen von  
Vertreibung  
495 und unsere dahingehende Verantwortung ins Zentrum unserer Politik. Denn viele  
politische  
496 Entscheidungen, die wir in Deutschland und Europa treffen, haben direkte  
Auswirkungen auf  
497 die Lebensbedingungen in anderen Weltregionen. Wir machen uns stark für zivile  
498 Krisenprävention und wollen mit einer restriktiven Ausfuhrkontrolle europäische  
499 Rüstungsexporte in Kriegs- und Krisengebiete sowie an Autokraten beenden. Wir setzen  
uns für  
500 ein gerechtes Handelssystem ein, das auch den Interessen des globalen Südens dient.  
Wir  
501 treiben die sozial-ökologische Transformation unserer Wirtschaft voran. Uns ist bewusst:  
  
502 Nicht alle Ursachen von Vertreibung können wir beeinflussen. Viele Menschen fliehen,  
weil  
503 sie verfolgt oder ihnen grundlegende Rechte vorenthalten werden. Umso  
entscheidender ist  
504 konsequentes Handeln überall dort, wo auch unser Wirtschaften und Konsumieren  
andernorts zu  
505 Ausbeutung oder Perspektivlosigkeit führen.

---

## 506 **Wir streiten für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung**

### 507 **Globale Krisenprävention**

508 Die Corona-Krise führt in vielen Entwicklungsländern zu Kapitalflucht und  
Währungskrisen und  
509 offenbart so die Schwächen der Währungsordnung. Unser Ziel bleibt langfristig der  
Aufbau  
510 eines kooperativen Weltwährungssystems. Der IWF muss in Krisensituationen sehr viel  
mehr  
511 Liquidität unkonditioniert bereitstellen können. Dafür werden wir uns für eine deutliche  
512 Aufstockung der Sonderziehungsrechte einsetzen. Deutschland und Europa könnten  
vorangehen  
513 und nicht genutzte Sonderziehungsrechte Entwicklungsländern zur Verfügung stellen,  
wie  
514 Kanada es bereits getan hat. Der IWF sollte Entwicklungsländern auch bei der  
Einführung und  
515 Durchführung von Kapitalverkehrskontrollen helfen und dafür mit den Staaten mit  
globalen  
516 Finanzzentren zusammenarbeiten. Das Stimmengewicht muss sich zugunsten von  
517 Entwicklungsländern verschieben. Die EU-Staaten sollten ihre Stimmrechte  
zusammenlegen.

### 518 **Entwicklung ermöglichen, Schulden streichen**

519 Viele Entwicklungsländer sind überschuldet. Beispielsweise gibt Pakistan 40 Prozent  
seines  
520 Etats für den Schuldendienst, aber nur 2 Prozent für Gesundheit aus. Das derzeitige  
521 Schuldenmoratorium ist richtig, verschiebt das Problem aber in die Zukunft. Wir  
brauchen  
522 einen echten Schuldenerlass. Dafür muss ein international transparentes und  
unabhängiges  
523 Staateninsolvenzverfahren für die Länder geschaffen werden, die nicht in ihrer eigenen  
524 Währung verschuldet sind. Private Gläubiger müssen rechtlich dazu verpflichtet  
werden, an  
525 einem Insolvenzverfahren teilzunehmen. So können wir den Zustand beenden, dass  
einzelne  
526 Gläubiger eine Entschuldung blockieren, und verhindern, dass einzelne private  
Gläubiger wie  
527 Geierfonds auf Kosten anderer profitieren. Damit wollen wir den zu hoch verschuldeten  
528 Staaten im globalen Süden auch ermöglichen, ihre Gesundheitssysteme zu verbessern,  
sie für  
529 alle zugänglich zu machen sowie Ansätze zum Schutz von Wasser-, Sanitärversorgung  
und  
530 Hygiene voranzutreiben. Schuldenerlasse und -umwandlungen soll es für Maßnahmen  
im  
531 Gesundheitsbereich sowie im Kampf gegen die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der  
Corona-  
532 Krise geben. Zudem werden wir uns für ein langfristiges globales Corona-Hilfspaket für  
533 strukturschwache Länder, Krisenregionen sowie Flüchtlingslager engagieren.

**534 Spekulation mit Nahrungsmitteln verbieten**

535 Nahrungsmittelpreise sind oft starken Schwankungen unterworfen. Verantwortlich dafür  
sind  
536 nicht nur Wetter und Ernten, sondern auch skrupellose Spekulant\*innen, die fette  
Profite  
537 machen, wenn Menschen hungern. Wir werden uns in der EU für striktere  
Regulierungen  
538 einsetzen, um Nahrungsmittelspekulation zu unterbinden. Dafür braucht es strenge  
539 Berichtspflichten für Händler\*innen. Konsequente Preis- und Positionslimits müssen an  
allen  
540 europäischen Börsen eingeführt werden. Ziel ist es, dass Derivate nur noch zur  
Absicherung  
541 bestehender Risiken und nicht mehr spekulativ eingesetzt werden können.

**542 Wir treten ein für Frieden und Sicherheit****543 Vorausschauend für den Frieden**

544 Unsere Außen- und Sicherheitspolitik zielt darauf, Konflikte zu verhindern, und setzt  
545 deshalb auf Vorausschau gemäß der VN-Agenda für nachhaltige Entwicklung. Wir  
ergänzen den  
546 traditionellen Sicherheitsbegriff um die menschliche Sicherheit und rücken damit die  
547 Bedürfnisse von Menschen in den Fokus. Den Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD)  
und die  
548 Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) gilt es zu stärken. Die personellen  
und  
549 finanziellen Mittel für zivile Krisenprävention sollten gezielt erhöht und langfristig  
550 planbarer werden. Wir wollen eine permanente und schnell einsatzbereite Reserve an  
EU-  
551 Mediator\*innen und Expert\*innen für Konfliktverhütung, Friedenskonsolidierung und  
Mediation  
552 aufbauen. Die Bereiche Polizei, Justiz und Friedensförderung wollen wir mit 1.000  
553 Fachkräften ausstatten. Wir setzen uns dafür ein, die Deutsche Stiftung  
Friedensforschung,  
554 den neu eingerichteten Fachbereich an der Deutschen Hochschule der Polizei und  
andere  
555 wissenschaftliche Einrichtungen zu stärken und die Bedeutung von Friedensarbeit  
556 gesamtgesellschaftlich noch sichtbarer zu machen. Die finanzielle Förderung des  
Zivilen  
557 Friedensdienstes (ZFD) wollen wir deutlich erhöhen und den kontinuierlichen Ausbau  
558 bedarfsgerecht fördern. Darüber hinaus ist ein ressortgemeinsamer Fonds  
„Krisenprävention,  
559 Konfliktbewältigung und Friedensförderung“ nötig, der angemessen ausgestattet sein  
muss. Es  
560 gilt Instrumente der Krisenfrüherkennung und Analysekapazitäten zu stärken, um auch  
die  
561 langfristigen Folgen der Pandemie abwenden zu können.

## 562 **Internationale Politik feministisch gestalten**

563 Wir gestalten unsere Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik feministisch. Frauen,  
564 Mädchen und marginalisierte Gruppen sind in besonderem Maße von Kriegen,  
Konflikten und  
565 Armut betroffen. Die Wahrung ihrer Rechte und ihrer Rolle als Gestalter\*innen in der  
566 internationalen Politik fördert Frieden, Entwicklung, Stabilität und Sicherheit. Es geht  
567 darum, die Perspektiven von Frauen, Mädchen und marginalisierten Gruppen zu  
stärken, zu  
568 schützen und bei allen bi- oder multilateralen Verhandlungen immer mindestens  
569 gleichberechtigt einzubeziehen. Dazu braucht es auch Genderanalysen für einzelne  
570 Länderkontexte in regelmäßigen Abständen und bedarfsgerechte Strategien und  
Genderbudgeting.  
571 Es gilt die Umsetzung der VN-Resolution 1325 „Frauen, Frieden, Sicherheit“  
voranzutreiben,  
572 sexualisierte und genderbasierte Gewalt entschieden einzudämmen, die reproduktiven  
Rechte  
573 von Frauen zu schützen und die Sicherheit und Partizipation von Frauen und Mädchen in  
der  
574 Prävention, bei der Transformation von Konflikten und in Stabilisierungsprozessen in  
den  
575 Fokus zu nehmen.

## 576 **Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik stärken**

577 Gerade vor dem Hintergrund des zunehmenden Autoritarismus und der weltweiten  
Angriffe auf  
578 Kunst- und Wissenschaftsfreiheit wollen wir die auswärtige Kultur- und Bildungspolitik  
579 stärken. Sie sichert Zugänge zur Zivilgesellschaft vor allem in Krisenzeiten, stärkt  
580 demokratischen Austausch und baut neue Partnerschaften auf. Auch die Aufarbeitung  
der  
581 Verbrechen des Nationalsozialismus werden wir durch internationale Kultur- und  
582 Jugendbegegnungen und durch zivilgesellschaftlichen Austausch stärken. Die  
Verantwortung für  
583 die koloniale Vergangenheit Deutschlands wollen wir zum Beispiel in gemeinsamen  
584 Geschichtsbuchkommissionen mit ehemaligen kolonialisierten Staaten aufarbeiten.  
585 Kulturmittlerorganisationen, wie etwa Goethe-Institute, und die deutschen Schulen im  
Ausland  
586 sollen finanziell besser ausgestattet und digital fit gemacht werden, die Programme für  
587 verfolgte Künstler\*innen und Wissenschaftler\*innen sowie Maßnahmen gegen  
588 Desinformationskampagnen wollen wir verstärken.

## 589 **Europarat und OSZE stärken**

590 Frieden in Europa bedeutet mehr als Frieden, Sicherheit und Stabilität in der EU. Damit  
die  
591 Vision einer friedlichen Zukunft für alle Europäer\*innen Wirklichkeit werden kann,  
wollen  
592 wir die gemeinsamen, über die EU hinausreichenden europäischen Institutionen wie  
den  
593 Europarat und die OSZE stärken und weiterentwickeln, um alle europäischen Staaten

594 einzubinden. Nur so können wir tatsächlich ein effektives und starkes System  
kollektiver  
595 Sicherheit in ganz Europa schaffen. Es bleibt unser Ziel, die östlichen Nachbarn Europas  
auf  
596 der Basis gemeinsamer Werte für eine solche Perspektive zu gewinnen, was gerade  
angesichts  
597 der nationalistischen und rückwärtsgewandten Politik Russlands, die Europas Sicherheit  
und  
598 die Selbstbestimmung der Nachbarn Russlands untergräbt, nötig ist.

### 599 **Neuer Schub für Abrüstung**

600 Abrüstung und Rüstungskontrolle bedeuten global mehr Sicherheit für alle. Unser  
Anspruch ist  
601 noch immer nichts Geringeres als eine atomwaffenfreie Welt. Nach der Aufkündigung  
des  
602 Vertrags über nukleare Mittelstreckensysteme (INF-Vertrag) zwischen den USA und  
Russland ist  
603 eine neue Vertragsinitiative nötig. Wir wollen den transatlantischen Neustart nach der  
US-  
604 Präsidentschaftswahl und das Wiederbeleben des New-START-Vertrags nutzen, um mit  
den USA  
605 über Barack Obamas „Global Zero“ ins Gespräch zu kommen. Eine Welt ohne  
Atomwaffen gibt es  
606 nur über Zwischenschritte: internationale Initiativen zur Reduzierung der Zahl von  
607 Atomwaffen, einen Verzicht der NATO auf jeden Erstschlag und eine breite öffentliche  
Debatte  
608 über veraltete Abschreckungsdoktrinen des Kalten Krieges. Dazu gehören ein  
Deutschland frei  
609 von Atomwaffen und ein Beitritt Deutschlands zum VN-Atomwaffenverbotsvertrag. Wir  
wissen,  
610 dass dafür zahlreiche Gespräche im Bündnis notwendig sind, auch mit unseren  
europäischen  
611 Partnerstaaten, und vor allem die Stärkung der Sicherheit und Rückversicherung  
unserer  
612 polnischen und baltischen Bündnispartner.

### 613 **Keine deutschen Waffen in Kriegsgebiete und Diktaturen**

614 Exporte von Waffen und Rüstungsgütern an Diktatoren, menschenrechtsverachtende  
Regime und in  
615 Kriegsgebiete verbieten sich. Für die Reduktion von Rüstungsexporten wollen wir eine  
616 gemeinsame restriktive Rüstungsexportkontrolle der EU mit einklagbaren strengen  
Regeln und  
617 Sanktionsmöglichkeiten. Kooperationen mit dem Sicherheitssektor anderer Staaten  
müssen an  
618 die Einhaltung demokratischer, rechtsstaatlicher und menschenrechtlicher Kriterien  
geknüpft  
619 werden. Für Deutschland werden wir ein Rüstungsexportkontrollgesetz vorlegen und ein  
620 Verbandsklagerecht bei Verstößen gegen das neue Gesetz einführen und für eine

wirksame

621 Endverbleibskontrolle sorgen. Hermesbürgschaften für Rüstungsexporte darf es nicht geben.

622 Den Einsatz von Sicherheitsfirmen in internationalen Konflikten wollen wir streng regulieren

623 und private Militärfirmen verbieten.

## 624 **Autonome tödliche Waffensysteme international ächten**

625 Autonome tödliche Waffensysteme, die keiner wirksamen Steuerung mehr durch den Menschen bei

626 Auswahl und Bekämpfung von Zielen unterliegen, stellen eine unberechenbare Bedrohung dar. Im

627 Sinne von Frieden und Stabilität wollen wir Autonomie in Waffensystemen international verbindlich regulieren und Anwendungen, die gegen ethische und völkerrechtliche Grundsätze

629 verstoßen, ächten und verbieten. Das gilt auch für digitale Waffen wie Angriffs- und

630 Spionagesoftware. Hierbei müssen Deutschland und die EU eine globale Führungsrolle

631 einnehmen. Um eine Militarisierung des Weltraumes zu verhindern, wollen wir

632 weiterentwickelte, international verbindliche Regeln auf den Weg bringen.

## 633 **Sicherheit im Cyber-Raum schaffen**

634 Digitalisierung und neue Technologien verändern die moderne Kriegsführung. Wir wollen den

635 Einsatz von militärischen Cyberfähigkeiten durch die Bundeswehr ausnahmslos der parlamentarischen Kontrolle des Deutschen Bundestages unterstellen. Es braucht Leitlinien

637 für das Vorgehen der Bundeswehr im Cyberraum. Gleichzeitig muss die Bundeswehr

638 kontinuierlich an der Stärkung ihres Eigenschutzes arbeiten, ohne ihr defensives

639 Selbstverständnis aufzugeben. Es braucht dringend eine internationale Initiative, um

640 Rüstungskontrolle zu regulieren, und vertrauensbildende Maßnahmen für den Cyberraum. Wir

641 setzen uns für weltweit anerkannte Regeln im Cyberraum sowie eine Selbstverpflichtung ein,

642 zivile Infrastruktur nicht militärisch anzugreifen. Auch sollte die europäische

643 Zusammenarbeit im Bereich Cyberabwehr ausgebaut werden, wozu Deutschland einen Beitrag

644 leisten sollte.

## 645 **Internationale Schutzverantwortung wahrnehmen**

646 Es ist wichtig, frühzeitig auf Konflikte einzuwirken und zu verhindern, dass sie zu

647 bewaffneten Auseinandersetzungen eskalieren. Uns leitet das Konzept der Responsibility to

648 Prepare, Protect and Rebuild der Vereinten Nationen, das die Staatengemeinschaft

649 verpflichtet, Menschen vor schwersten Menschenrechtsverletzungen und Verbrechen gegen die

650 Menschlichkeit und Völkermord zu schützen. Die Staaten sind gleichermaßen verpflichtet, ihre

651 Instrumente für Prävention, Krisenreaktion und Nachsorge bzw. Wiederaufbau

kriegszerstörer  
652 Gesellschaften auszubauen. Wir bekennen uns zu internationalen Friedenseinsätzen im  
Rahmen  
653 der Vereinten Nationen, die zu Stabilität, Sicherheit und Frieden beitragen. Die  
Anwendung  
654 militärischer Gewalt als Ultima Ratio kann in manchen Situationen nötig sein, um  
Völkermord  
655 zu verhindern und die Möglichkeit für eine politische Lösung eines Konflikts zu schaffen.

656 Ein Militäreinsatz braucht einen klaren und erfüllbaren Auftrag, ausgewogene zivile und  
657 militärische Fähigkeiten und unabhängige (Zwischen-)Evaluierungen. Bewaffnete  
Einsätze der  
658 Bundeswehr im Ausland sind in ein System gegenseitiger kollektiver Sicherheit – das  
heißt  
659 nicht in verfassungswidrige Koalitionen der Willigen – und in ein politisches  
Gesamtkonzept  
660 einzubetten, basierend auf dem Grundgesetz und dem Völkerrecht. Bei Eingriffen in die  
661 Souveränität eines Staates oder dort, wo staatliche Souveränität fehlt, braucht es ein  
662 Mandat der Vereinten Nationen. Wenn das Vetorecht im Sicherheitsrat missbraucht  
wird, um  
663 schwerste Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu decken, steht die Weltgemeinschaft  
vor  
664 einem Dilemma, weil Nichthandeln genauso Menschenrechte und Völkerrecht schädigt  
wie  
665 Handeln.

## 666 **Moderne Bundeswehr**

667 Der Auftrag und die Aufgaben der Bundeswehr müssen sich an den realen und  
strategisch  
668 bedeutsamen Herausforderungen für Sicherheit und Friedenssicherung orientieren. Wir  
wollen  
669 die Bundeswehr entsprechend ihrem Auftrag und ihren Aufgaben personell und  
materiell sicher  
670 ausstatten. Dass Soldat\*innen mit nicht ausreichender Schutzausrüstung in Einsätze  
gehen,  
671 ist nicht hinnehmbar. Deutschland soll sich auf seine Bündnispartner verlassen können  
und  
672 genauso sollen sich die Bündnispartner auf Deutschland verlassen können. Die  
673 Gesamtverantwortung für den Einsatz muss begründet, Informationen über alle  
Operationen im  
674 Einsatz der Verbündeten müssen vollständig zugänglich sein. Die Bundeswehr soll die  
Vielfalt  
675 unserer Gesellschaft abbilden. Menschenfeindliche Ideologien und rechtsextremistische  
Strukturen in der Bundeswehr werden wir konsequent verfolgen und zerschlagen.  
676 Neben der  
677 umfassenden Aufklärung ist die Prävention entscheidend. Präventive Maßnahmen wie  
678 verantwortungsbewusste Personalgewinnung und zeitgemäße politische Bildung sind  
überfällig.  
679 Den bewaffneten Einsatz der Bundeswehr im Inneren lehnen wir ab.



## 680 **NATO strategisch neu ausrichten**

681 Die NATO leidet unter divergierenden sicherheitspolitischen Interessen innerhalb der  
Allianz  
682 bis hin zur gegenseitigen militärischen Bedrohung. Ihr fehlt in dieser tiefen Krise eine  
683 klare strategische Perspektive. Trotzdem bleibt sie aus europäischer Sicht neben der EU  
684 unverzichtbarer Akteur, der die gemeinsame Sicherheit Europas garantieren kann und  
der als  
685 Staatenbündnis einer Renationalisierung der Sicherheitspolitik entgegenwirkt. Wir  
brauchen  
686 eine strategische Neuaufstellung der NATO, eine gemeinsame Bedrohungsanalyse und  
darauf  
687 aufbauend eine Debatte über eine faire Lastenverteilung zwischen den Mitgliedstaaten.  
Das  
688 willkürliche NATO-2-Prozent-Ziel, das vor fast 20 Jahren verabschiedet wurde, gibt  
darauf  
689 keine Antwort und wir lehnen es deshalb ab. Wir setzen uns für eine neue  
Zielbestimmung ein,  
690 die nicht abstrakt und statisch ist, sondern von den Aufgaben ausgeht, und werden mit  
den  
691 NATO-Partnern darüber das Gespräch suchen. Durch eine stärkere militärische  
Zusammenarbeit  
692 und Koordinierung innerhalb der EU und mit den europäischen NATO-Partnern wie  
Großbritannien  
693 und Norwegen wollen wir erreichen, dass strategische Interessen auf Grundlage von  
694 europäischen Werten wie Multilateralismus, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit  
gemeinsam  
695 entwickelt und geschlossen und überzeugender vertreten werden.

## 696 **Die EU-Sicherheitsunion vorantreiben**

697 Gemeinsam mit den internationalen Partnern muss die Europäische Union ihrer  
Verantwortung  
698 für die eigene Sicherheit und Verteidigung gerecht werden. Die gemeinsame  
Sicherheits- und  
699 Verteidigungspolitik (GSVP) setzt eine gemeinsame EU-Außenpolitik voraus. Wir wollen  
eine  
700 EU-Sicherheitsunion etablieren mit einer starken parlamentarischen Kontrolle und einer  
701 gemeinsamen restriktiven Rüstungsexportpolitik. Anstatt immer mehr Geld in  
nationale,  
702 militärische Parallelstrukturen zu leiten, sollte die verstärkte Zusammenarbeit der  
703 Streitkräfte in der EU ausgebaut, sollten militärische Fähigkeiten gebündelt und  
allgemein  
704 anerkannte Fähigkeitslücken geschlossen werden. Dafür ist eine geeignete Ausstattung,  
der  
705 Ausbau von EU-Einheiten sowie eine Stärkung und Konsolidierung der gemeinsamen  
EU-  
706 Kommandostruktur nötig. Die Umwidmung ziviler Gelder aus dem EU-Haushalt für  
militärische  
707 Zwecke lehnen wir ab.